

Die Stellung Deutschlands in Europa

Dr. Hans Stercken, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages von 1985 - 1994, Ehrenpräsident des Interparlamentarischen Rates

Nur wer nicht an die Attraktivität demokratischer und rechtsstaatlicher Wertvorstellungen glaubt, konnte ausschließen, daß sich auch eine unterdrückte Welt wieder den Idealen näherte, mit denen wir in der freien Welt wenigstens ein Höchstmaß an Chancen für Individuum und Gesellschaft sichern konnten.

Ich habe mich daher immer gegen die Tendenzen gewandt, nach Kompromissen zwischen beiden Systemen Ausschau zu halten, sondern an die Überlegenheit des Freiheitlichen geglaubt, und dies in der klaren Erkenntnis, daß auch unsere Lebensverhältnisse nicht allen Hoffnungen und Erwartungen des Menschen Rechnung tragen.

Während ein Teil Europas den Versuch fortsetzt, über alte völkische Grenzen hinweg eine politische und wirtschaftliche Einheit zu schaffen, strebt ein anderer Teil dieses Kontinents, aber auch in aller Welt, insbesondere in den zerfallenen Despotien, nach einer größeren Diversität, für die auch eine staatliche Ordnung eingefordert wird.

Auf der einen Seite also Integration, auf der anderen das genaue Gegenteil: Polarität, Teilung, Spaltung, Egoismus. Dies ist verständlich, weil das Prinzip der Zusammenarbeit bisher in einem ideologischen Totalitarismus Anwendung fand, der alle pluralistischen Ansätze unterdrückt und nicht überbrückt hat.

Natürlich war die Sowjetunion das letzte Kolonialreich und natürlich muß sich auch in der neuen Gestalt die Gemeinschaft russischer Republiken fragen lassen, wie sie den Gegensatz zwischen ihren asiatischen Völkerschaften und dem europäischen Teil ihres Landes ausgleichen wird und dies gerade dann, wenn eine Beteiligung an gemeinsamen europäischen Prozessen und Strukturen angestrebt wird.

Das gemeinsame Europa von Vancouver bis Wladiwostock hat sicherlich jemand erfunden, der diese Absurdität markieren wollte.

Nein, es gibt im äußersten Fall ein Europa vom Atlantik bis zum Ural, das sich zunächst nur geographisch erkennen läßt und das erst eine politische Aktualität erfahren könnte, wenn die der Europäischen Union zugrunde liegenden Wertvorstellungen zu gemeinsamen politischen Überzeugungen führen würden, die dann auch eine gemeinsame politische und militärische Interessenvertretung nahelegen würden. Von einer solchen Lage sind wir allerdings noch weit entfernt.

Schutzbedürftige gemeinsame Wertvorstellungen haben sich bislang nur zwischen den nordamerikanischen Demokratien und der Europäischen Union und europäischen Mitglieder der Atlantischen Allianz entwickelt. Diese Systematik kann Veränderungen unterworfen werden, doch das ist nicht nur eine Frage sicherheitspolitischer Interessen. Die Schaffung gemeinsamer Sicherheit ist die Folge gemeinsamer politischer, ethischer, wirtschaftlicher und sozialer Überzeugungen.

Systeme kollektiver Sicherheit, wie sie in vielen Regionen der Welt angestrebt werden, sind etwas anderes als das gemeinsame Handeln in einer Union oder in einer Allianz, die zunächst gemeinsame Wertvorstellungen schützen und weiterentwickeln wollen.

Die Talkshow-Demokratie, in der wir leben, hat den Blick dafür entschärft, die Grundlagen des politischen Handelns verständlich zu machen und auf der zunächst nationalen Grundlage auch ein Verständnis für den Vorteil gemeinschaftlichen Handelns zu fördern.

Könnten wir heute nach der Akzeptanz solcher Einsichten fragen, so würde die populistisch geschürte Öffentlichkeit wahrscheinlich in den meisten europäischen Staaten zu einem negativen Votum führen, weil die Aktualität einer Europäischen Union offenbar weithin als eine Antwort auf die Bedrohung durch die totalitäre Welt des Kommunismus verstanden worden ist.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten könnte daher durchaus die Gefahr alternativer politischer Konzepte heraufbeschwören, die unter Bezug auf deutsche Politik des ausgehenden 19. und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts eine schrittweise Abwendung von den beiden Systemen westlicher Bündnisse einleiten könnten.

In der Phase der Vereinigung sind uns solche Denkmodelle vorgeführt worden. Neutralisierung Deutschlands hieß die eine Parole; der Austritt aus der Atlantischen Allianz sollte der Sowjetunion die Zustimmung zur Vereinigung erleichtern.

Diese grundsätzliche Bereitschaft staatstragender Parteien zur möglichen Aufgabe eines westlichen demokratischen Systems steckt vielen Menschen aus diesen westlichen Ländern, Politikern und Bürgern, noch in den Knochen.

Dies erklärt die Vehemenz, mit der Bonn in der Abwehr solcher Gefahren den politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Prozeß der europäischen Vereinigung vorantreibt. Wenn es in der Folge des Maastrichter Vertrages nicht zu sichtbaren Fortschritten kommt, dann wird sich die Rückkehr zur nationalen Eigenbrötelei verstärken, die heute schon bei manchem Beteiligten erkannt werden kann.

Die deutsche Politik, dem nationalen Glück der Vereinigung ein verstärkt europäisches Konzept folgen zu lassen, ist der wichtigste Beitrag zur Konsolidierung der Verhältnisse im Herzen Europas. So wird dies auch von unseren demokratischen Nachbarn dort und im Osten von Europa gesehen.

Auf diese Weise kann am ehesten dem allgemeinen Trend zum Partikularismus, zum Egoismus, also zum Nationalismus entgegengewirkt werden.

In Frankreich hat das Referendum zu Maastricht nur eine knappe Mehrheit gebracht. Die Zustimmung zur deutschen Vereinigung ist ungleich größer. Ist das nicht ein Beweis dafür, daß in einem europäischen Kontext der neue Zustand eher als ein Vorteil gewertet wird? Aber ist dies nicht auch ein Zeugnis dafür, daß sich die europäische Zusammenarbeit neu entwickelt, wenn eine solide Ordnung der nationalen Interessen vorausgesetzt werden kann?

Diese Realität stärker in den Vordergrund zu stellen, ist nun Aufgabe der Politik Deutschlands.

Frieden und Wohlstand sind nur durch ein Höchstmaß an Zusammenarbeit und durch transnationales Handeln der Staaten zu gewährleisten. Krieg ist die Folge von Despotie und Totalitarismus. Demokratische Rechtsstaaten verfügen nicht über das politische Instrumentarium, um einen Krieg zu beginnen. Und um den Frieden geht es zunächst in dieser Welt! Es muß wieder stärker bewußt

werden, daß wir alle Wohltaten vergessen können, sollte dieser Frieden in Gefahr geraten.

Gorbatschow hat sich von Bundeskanzler Kohl überzeugen lassen, daß der Einbezug des vereinigten Deutschlands in die Atlantische Allianz keine Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion darstellt. Ein auf Prinzipien der Freiheit und des Rechts gegründetes Bündnis bietet eher ein zusätzliches Element für die Sicherheit aller anderen. Ein höheres Maß an Berechenbarkeit ist nicht zu erzielen.

Und dies ist in der Tat so. Es gibt keinen größeren Sicherheitsfaktor in der demokratischen Welt als das Atlantische Bündnis, das in seiner politischen Zielsetzung die Gewährleistung der demokratischen Rechte in allen Staaten des Bündnisses als die eigentliche Zielsetzung bezeichnet und erst daraus das Recht auf eine gemeinsame Verteidigung ableitet. Die Sicherheit dient nicht dem Schutz maroder Systeme.

Die Form der öffentlichen Diskussion hat in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen, das Interesse weitgehend auf die militärischen Zusammenhänge zu richten, wenn vom Bündnis die Rede war. Man hatte sich so sehr an die politische Voraussetzung als eine Selbstverständlichkeit gewöhnt und sich deshalb nur mit den Strategien beschäftigt, die von Zeit zu Zeit aufgrund der sich verändernden Lage und der sich wandelnden Waffentechnik eine Korrektur erfahren mußten.

Es ist gefährlich, sich mit solch vordergründigem Denken von den eigentlichen Zielsetzungen mehr und mehr abzuwenden und damit dem oberflächlichen Betrachter den Eindruck zu vermitteln, als sei es in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West lediglich um einen Interessenausgleich zwischen zwei Machtblöcken gegangen.

Der Zerfall der Sowjetunion und anderer Staaten demonstriert an jedem neuen Tag, wie ungerechtfertigt diese Gleichsetzung ist. Nein, die Politik der Vereinigung der Deutschen hat sich auf einer europäischen Grundlage vollzogen. Die Akzeptanz bei allen unseren Nachbarn wurde am Ende möglich, weil das vereinigte Deutschland weiterhin an der Zielsetzung festhält, die die Verfassung durch die Artikel 24 und 25 gewiesen hat. Deutschland bleibt nicht nur weiterhin Bestandteil transnationaler Strukturen, sondern es verstärkt in unmißverständlicher Weise seine Bestrebungen, politische, sicherheitspolitische, wirtschaftliche und währungspolitische Entscheidungen voranzutreiben, die nunmehr seit Jahrzehnten einer Lösung harren.

Zwar ist die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union inzwischen so stark, daß sich eine völlige Renationalisierung kaum noch erreichen lassen würde, um wieder nach alten merkantilistischen Rezepturen zu verfahren, doch ist darüber die eigentliche politische Zielsetzung weitgehend in den Hintergrund geraten. Viele begrüßen zwar den Vorteil eines freien Handels, doch angesichts der Entspannung zwischen Ost und West glauben sie, auf ein höheres Maß an politischer Gemeinsamkeit verzichten zu können.

Politische Zielsetzungen dienen auch dem Streben der Menschen nach Wohlstand, doch hängt eine stabile Ordnung der Lebensverhältnisse - das muß immer wiederholt werden - von der Sicherung des Friedens ab, der nur durch Einsichten, Toleranz und die Organisation transnationaler Strukturen erreicht werden kann. Ein Verzicht auf diese ethischen Visionen führt automatisch zu wachsenden selbstsüchtigen Tendenzen, wie sie uns vergangener und aktueller Nationalismus hinlänglich vorgeführt hat.

Bei aller Unzulänglichkeit bestehender Verhältnisse ist also der nachhaltigste Beitrag der Deutschen zur Stabilisierung europäischer Strukturen durch einen überzeugenden und glaubwürdigen demokratischen Pluralismus zu bieten, der sich dennoch auf einen weitgehenden Konsens in grundsätzlichen Fragen gründen kann.

Worin besteht dieser Konsens heute? Hat er je bestanden? Und dies nicht nur zwischen den Parteien,

sondern auch in den Fraktionen?

Erinnern wir uns an das Schicksal des Deutsch-Französischen Vertrages! Golo Mann hat die Präambel, die der Deutsche Bundestag dem Vertragswerk voranstellte, als Nullifikation statt Ratifikation der Gesetzesvorlage bezeichnet.

Wer über dreißig Jahre die Bereitschaft anderer europäischer Staaten zur politischen Zusammenarbeit erkundet und erfahren hat, der findet die Schlußfolgerung Adenauers und de Gaulles nach wie vor gerechtfertigt: Sofern nicht Deutschland und Frankreich den Anfang machen, werden sich andere nicht von ihren Sesseln bewegen und alles, was von Europa bleibt, ist eine große Freihandelszone, deren Bedeutung ich nicht unterschätzen will, die aber doch kaum den Namen einer "Europäischen Union" verdient.

Wer sich heute die Mühe macht, die Einwendungen gegen die politische Union in den frühen sechziger Jahren zu lesen, wird kaum ein Argument entdecken, das einer nachträglichen Prüfung standhält. Ich hoffe, daß die Vorbereitung der Regierungskonferenz, die in diesem Jahr ihren Anfang nimmt, nicht auf die alten Schreibtischvorlagen zurückgreift, die einer zukunftsweisenden politischen Vision weitgehend im Wege stehen.

Mit dem Vertrauen der Europäer in einen überzeugenden Prozeß darf nicht weiter Schindluder getrieben werden. Ich bin zuversichtlich, daß Deutschland mit dieser Haltung in die Regierungsverhandlungen hineingehen wird. Bonn hat jetzt das Argument für sich, daß es trotz aller Schwierigkeiten, die der Vereinigungsprozeß noch für geraume Zeit verursachen wird, seine ganze Kraft in diesen europäischen Prozeß hineingeben wird.

Ich sage in aller Offenheit, daß mir in der Vorbereitungszeit der Regierungskonferenz kräftigere Beiträge des Europäischen Parlamentes willkommen wären.

Die unzureichende Ausstattung und mangelnde Zuständigkeit Straßburgs sind mir bekannt: Dennoch hätte niemand die Parlamentarier daran hindern können, auf die Vorbereitung der Regierungen einen größeren Einfluß zu nehmen. Doch auf solche Politik wird weitgehend verzichtet, weil es dabei zu Konflikten kommen würde, die den Wert mehrheitlicher Entscheidungen beeinträchtigen könnten, wenn sie denn überhaupt zustande kämen.

Nein, wir müssen den Fortschritt der Entscheidung den Regierungen überlassen, auf die gegebenenfalls die nationalen Parlamente einwirken können. An der Ausgangslage hat sich gegenüber dem Scheitern des FOUCHET-Plans im Jahre 1962 nichts geändert.

Die deutsche Position ist nicht korrigiert worden; alle Vorbedingungen, die 1962 von Luns und Spaak eingefordert wurden, sind erfüllt. England ist Mitglied der EU!

Doch ich warne aus deutscher Sicht davor, diese Querelen mit der Situation von 1996 zu vergleichen.

Die aktuellen Vorbehalte sind vor allem darauf zurückzuführen, daß die Notwendigkeit einer politischen Union angesichts der neuen Lage im europäischen Osten und darüber hinaus nicht mehr für erforderlich gehalten wird. Warum soll die politische Führung also auf eigenständiges Handeln verzichten, wenn nicht unmittelbare Gefahr im Verzug ist?

Offenbar reicht die Fülle der Konflikte, die diese Welt mit Blut und Tränen erfüllen, immer noch nicht aus, um die Voraussetzungen für den Frieden zu erkennen: Sie können nur durch gemeinschaftliches Handeln gesichert werden.

Die Erfahrungen auf dem Balkan reichen offenbar immer noch nicht aus, um der Erkenntnis Raum

zu geben, daß nur eine handlungsfähige Union einen wirkungsvollen Beitrag zur Lösung politischer und militärischer Konflikte leisten kann. Das haben erst die Vereinigten Staaten in Dayton vermocht und ich habe mich als Europäer geschämt, daß wir nicht in vergleichbarer Weise in der Lage waren, Verantwortung zu tragen und Haftung zu übernehmen. Auch der deutsche Weg zu solchen Einsichten war und ist immer noch nicht leicht. Dennoch wächst die Erkenntnis, daß auch die neue Lage nicht die Flucht in die Idylle zuläßt, daß die Beiträge zur Erhaltung des Friedens eher komplizierter geworden sind, als sie es in der Zeit der Konfrontation einmal waren.

Die deutsche Politik besitzt deshalb eine gute Ausgangslage, weil sie glücklicherweise nirgendwo an die Kontinuität des 19. und 20. Jahrhunderts anschließt und nicht die alten Schnittmuster der Wilhelmstraße zur Anwendung kommen, sondern europäische Zielsetzungen seit Anbeginn die Entwicklung der politischen Konzepte bestimmt haben. Dadurch ist Vertrauen geschaffen worden, das der deutschen Politik viele Chancen eröffnet.

Das betrifft nicht nur den Prozeß der europäischen Einigung, sondern auch den Beitrag zur Lösung politischer und sozialer Konflikte in aller Welt. Viele Völker dieser Erde und ihre Regierungen sind nicht in der Lage, ihren Frieden und ihre Entwicklung aus eigenem Vermögen zu gewährleisten. Diese Verantwortung wird weithin gesehen und akzeptiert. Aber auch dieser Arbeitsbereich verlangt mehr Zusammenarbeit. Ich verhehle nicht, welchen Unmut ich angesichts der Methoden einiger Ölgesellschaften empfinde, die ihre beherrschende Marktposition nicht zum Vorteil der Menschen und des Friedens zwischen ihnen einsetzen, sondern sich an der Finanzierung von Konflikten beteiligen und dafür noch die Unterstützung ihrer Regierung erhalten. An solch schändlichen Operationen bin ich als Autofahrer und Benutzer einer Ölheizung beteiligt. Die OPEC einigt sich auf eine Preisgestaltung, die Milliarden-Investitionen in äußerst trübe Geschäfte erlaubt.

Auch das gehört zu unserer Verantwortung: Es kann nicht sein, daß uns auf solche Weise mehr Geld abverlangt wird, als wir über den Haushalt des Bundes für die Solidarität mit aller Welt zur Verfügung stellen können.

Dieser Exkurs hat nur den Zweck, unser Nachdenken über solche Zusammenhänge und die sich daraus ergebende Verantwortung zu stärken.

Sind auch die Kräfte der Deutschen heute auf Entwicklung der neuen fünf Bundesländer und auf eine Konsolidierung des Ostens und des Südostens Europas konzentriert, so verbindet damit jedermann die Vorstellung, daß sich nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland und damit seine Verantwortung und seine Pflichten vergrößert haben.

Über die Möglichkeiten in Deutschland braucht man nicht lange zu philosophieren. Erfahrungen betreffend die alte Bundesrepublik Deutschland liegen vor und es ist sicher erlaubt, einen ähnlichen Prozeß für ganz Deutschland vorauszusehen, nicht zuletzt auch als Folge des Europäischen Binnenmarktes. Nur neueste Technologie wird investiert, auf Dauer auch ein Standortvorteil gegenüber den alten Bundesländern!

Aber wie steht es mit den Pflichten?

Ohne die Europäische Gemeinschaft und die Atlantische Allianz wäre es nicht zur Einheit Deutschlands gekommen. Wir erinnern uns an die Verantwortung der Siegermächte für Deutschland als Ganzes, wir erinnern uns an den Deutschlandvertrag, wir erinnern uns an die Zielsetzungen aller Institutionen, die immer wieder das Ziel der Vereinigung der Deutschen in Erinnerung gerufen haben. Und schließlich war der "Zwei-plus-Vier-Prozeß", waren die separaten Gespräche mit unseren polnischen Nachbarn erfolgreich und haben vorgeführt, wie sehr die Deutschen ihre Einigung auch durch die politische Mitwirkung aller anderen Beteiligten erzielen konnten. Sie hatten vorher schon erleben können, wie in besonders kritischen Situationen, etwa bei der Blockade Berlins,

nicht nur verbale, sondern auch praktische Hilfe geleistet wurde, wie gerade deutlich wurde, daß die eingegangenen Verpflichtungen ernst genommen wurden, daß auch militärische Risiken eingeschlossen wurden, die ohne die Bereitschaft zum Einsatz wahrscheinlich auch für die Deutschen in West und Ost eine geringere Chance eröffnet hätten, sich in einem friedlichen Prozeß miteinander zu vereinigen.

Ich rufe das in Erinnerung, weil nicht übersehen werden darf, daß die deutschen Vorteile nicht ohne den Einsatz und den Beistand der anderen hätten wahrgenommen werden können.

Zu vergleichbaren Einsätzen gegenüber anderen hätte sich die Bundesrepublik Deutschland über die vertraglichen Abmachungen hinaus nie in der Lage gesehen, weil sie sich immer durch das Handicap der deutschen Teilung zur Zurückhaltung veranlaßt sah, weil sie in diesem Zusammenhang schon gar nicht in Betracht ziehen konnte, an anderen Konfliktlösungen unmittelbar mitzuwirken, weil sich Deutschland immer im Mittelpunkt der Spannung zwischen Ost und West fühlte und deshalb befürchten mußte, die Verschärfung dieses Konfliktes könnte sich nachteilig auf die Lage in Gesamtdeutschland auswirken.

Diese Voraussetzung hat sich drastisch geändert. Es gibt solche Zusammenhänge nicht mehr, und deshalb muß sich natürlich Deutschland heute fragen lassen, ob es sich nicht das gleiche Maß an Mitwirkung bei Prozessen der Konfliktverhinderung oder der Friedenssicherung zumessen lassen muß, wie es von allen vergleichbaren Staaten als eine Konsequenz ihrer politischen Verantwortung angesehen wird.

Doch niemand kann sich aus der Geschichte verabschieden, auch das vereinigte Deutschland nicht, zumal diejenigen, die diese Entwicklung mitgetragen haben, in den Deutschen eine neue wirkungsvolle Hilfe bei der Bewältigung der sich in aller Welt ausbreitenden Konflikte betrachten. Einen solchen Standpunkt vertraten nicht zuletzt und insbesondere die Vereinigten Staaten, die sogar von einer Partnerschaft bei der Lösung solcher Konflikte sprachen und damit deutlich machten, daß sie die Deutschen in diese Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit, insbesondere aber für den Frieden in Europa und in der Welt, einbezogen.

Dieses Umdenken fällt den Deutschen nicht leicht. Es wäre ihnen vielleicht leichter gefallen, wenn die politischen Parteien damit nicht innenpolitische Auseinandersetzungen geführt hätten.

Natürlich hört sich das gut an, wenn man sagt, daß der deutschen Mitwirkung enge Grenzen gesetzt sind, insbesondere durch ein Grundgesetz, das einen solchen Zustand für Deutschland als Ganzes nicht regelte oder im voraus hätte festlegen können.

In der Mitwirkung deutscher Einheiten bei der Sicherung des Friedens auf dem Balkan erblicke ich auch eine demonstrative Chance für die Erkenntnis, daß es den Deutschen in internationaler Solidarität um nichts anderes geht als um die Sicherung des Friedens. Die Einsicht wächst, daß man roher und gewissenloser Gewaltanwendung auf keine andere Weise entgegenzutreten kann. Deutschland trägt damit die gleichen Risiken, die andere Staaten für seine Freiheit und seine Einheit auf sich genommen haben.

Haben sich auch Macht und Einfluß der aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangenen Staaten erheblich verändert, so ist doch die russische Föderation weiterhin bestrebt, die Rolle einer Weltmacht zu spielen und damit die frühere Bipolarität mit den Vereinigten Staaten fortzusetzen.

Sie kann das umso leichter erreichen, je weniger die Europäische Union zu einer gemeinsamen Vertretung ihrer politischen Interessen und Überzeugungen in der Lage ist.

Der große Tag von Dayton hätte in Europa stattfinden müssen! Die Vereinigten Staaten hätten sich

aus diesem Konflikt herausgehalten, wären die Europäer in der Lage gewesen, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen.

Das große Handicap der deutschen Außenpolitik war das Trauma des Zweiten Weltkrieges und auch nach dem Vertrag von Paris ist den deutschen Soldaten die Aufgabe zugewiesen worden, den Nachschub nach Bosnien auf kroatischem Territorium zu sichern.

Nach diesen Erfahrungen fällt es nicht leicht, an eine rasche Ausformulierung des Konzeptes für eine politische Union zu glauben.

Ohne irgendwelche Loyalitätspflichten gegenüber meiner früheren Fraktion oder dem Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages zu verletzen, möchte ich heute der deutschen Außenpolitik empfehlen, bei aller europäischen Glaubwürdigkeit endlich den Weg der Union mit den Staaten zu gehen, die dazu bereit sind. Wer die Unbedarftheit und den mangelnden Mut sogenannter europäischer Politiker miterlebt hat, der hat nur den einen Wunsch, sich nicht von solcher Provinzialität abhängig zu machen.

Seit über dreißig Jahren wird an einer politischen Union gebastelt. Ebenso lange wird der Deutsch-Französische Vertrag verdächtigt, den Interessen anderer zu schaden.

Während meiner parlamentarischen Tätigkeit habe ich die meisten Verantwortlichen in Europa gefragt, warum dieser Vertrag nicht ein Modell für die politische Zusammenarbeit aller sein könnte. Eine konkrete Antwort habe ich nie erhalten. Wer nicht den Mut zu einem "*fait accompli*" besitzt, wird sich auch in den nächsten dreißig Jahren mit politischer Unentschlossenheit in Europa abfinden müssen.

Maastricht muß nicht in Europa gestorben sein! Dayton sollte zu einer Gewissenserforschung Anlaß geben, wenn es auch im Augenblick nicht danach aussieht.

Der gescheiterte Versuch, eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu begründen, hatte zu der Alternative geführt, sich zunächst den wirtschaftlichen Interessen zuzuwenden. Man hoffte, durch eine erfolgreiche wirtschaftliche Kooperation die Koordination politischer Entscheidungen zu erleichtern.

Der Binnenmarkt ist erreicht! Wer sich jetzt an der politischen Konsequenz vorbeimogelt, nimmt nur die wirtschaftlichen Vorteile in Anspruch, ohne dem eigentlichen Ziel der Union zu dienen.

Rücksichtnahmen und Höflichkeit sind gewiß Tugenden in der Politik, doch würde ich auch Offenheit und Ehrlichkeit dazu zählen und ich empfehle der deutschen Außenpolitik, daß sie ihre Bereitschaft so deutlich wie möglich formuliert und sich durch das zu erwartende Wehgeschrei nicht beirren läßt.

Im Grunde stimmt dieser Standpunkt mit dem sogenannten *Schäuble-Papier* überein, das in seiner Klarheit nicht verwässert werden sollte. Wenn von vielen Staaten derzeit nur eine Freihandelszone gewünscht wird, dann sollen diese Staaten dies sagen und nicht den Betrieb aufhalten....

Es imponiert mir, wie sehr sich die belgische Regierung darum bemüht, trotz der komplizierten Lage die Voraussetzung für eine Währungsunion zu erreichen. Es läßt sich aber vermuten, daß andere bis zu dem festgesetzten Termin die Bedingungen für eine Mitgliedschaft in der Währungsunion nicht erfüllen werden. Sollen dann auch diejenigen nicht tätig werden, die um dieses Zieles willen rechtzeitig Opfer gebracht haben?

Nein, ohne zwei Geschwindigkeiten wird es nicht abgehen, wenn ich auch eine Politik verstehe, die

dies jetzt noch nicht in Betracht zieht. Niemand soll abgehängt werden! Aber niemand soll auch die anderen von ihrem Ziel abbringen, wenn sie entschlossen sind, es zu ihrem Vorteil anzustreben.

Diejenigen, die etwas vom Geld verstehen, wissen, daß die Währungsunion erreichbar ist und auf diese Experten sollte man hören und nicht auf die, die mit den Ängsten der Bürger Politik machen. Ich sage es immer wieder: Alles was uns eint, stärkt den Frieden! Die Bürger haben das Geld nicht durch europäische Zusammenarbeit verloren, sondern durch europäische Kriege, die durch diese Union ein für allemal ausgeschlossen werden sollen.

Das Gefährliche an dieser Situation ist die Vorstellung, inzwischen seien in Europa Frieden und Versöhnung der Normalfall. Gott bewahre die deutsche Politik und ihre Mitwirkung in internationaler Verantwortung - falls sie denn einmal zustandekommt - davor, in jeder Form der Desintegration nicht die automatische Erhöhung der Konfliktgefahr zu erblicken. Wird dazu noch das nukleare Risiko vermindert, so wird man in eskalierenden Auseinandersetzungen wieder das verantwortbare Mittel zur Lösung ethnischer oder machtpolitischer Ambitionen sehen. Ein Höchstmaß an europäischer Verschmelzung erspart uns die Fortsetzung jahrhundertalter Erfahrungen.

Doch zum Frieden gehört auch die innere Stabilität demokratischer Rechtsstaaten. Politische Anerkennung ist mehr und mehr nur noch dadurch zu finden, wenn durch Verteilung der Mittel und durch die Einrichtung neuer öffentlicher Wohltaten der Staatsanteil zwangsläufig nach oben getrieben wird.

Das gilt auch für die Europäische Union! Ich unterdrücke auch in dieser Stunde nicht meine größten Bedenken gegen die permanente Steigerung konsumptiver Ausgaben, die nur zu Lasten der Investitionen gehen und ich bin erstaunt, daß nach Investitionen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit gerufen wird, obwohl dies erfordern würde, den konsumptiven Bereich drastisch zurückzufahren. Den Mut dazu könnte man erleichtern, wenn sich alle Mitglieder der Union dazu entschließen könnten, nicht *mehr* zu verteilen, als tatsächlich erarbeitet wird. Ich wünsche mir kein Taschengeld, weil ich nach meinen ordnungspolitischen Vorstellungen Verursacher und Nutznießer zur Kasse bitten möchte.

Oft interessiert sich die große Mehrheit der Europäer gar nicht für die Errungenschaft, zu deren Finanzierung der Steuerzahler herangezogen wird, ohne sich nach einem Glück zu sehnen, mit dem Politiker in Wahrheit Öffentlichkeitsarbeit bei Minderheiten betrieben haben.

Dies und manches andere wird noch deutlicher werden, je näher die Stunde der Wahrheit bei der vereinbarten Währungsunion heranwächst. Hoffentlich gelingt es, in Deutschland auf dem vereinbarten Weg voranzuschreiten! Jede Verschiebung wird den Ansporn zu raschen Maßnahmen und Entscheidungen weiter erlahmen. In der ersten Zeit nach Maastricht ist mancherorts nicht viel geschehen, weil man hoffte, unpopuläre Entscheidungen noch weiter vor sich herschieben zu können.

Entscheidungen werden nicht nur durch den Vertrag von Maastricht herbeigezwungen. Sie wären auch nötig, um eine teilweise ruinöse Politik in diesen Staaten endlich zu beenden und das selbst dann, wenn es keine europäische Gemeinschaft gäbe. Mancherorts wird dieser Prozeß allerdings so dargestellt, als quäle die Union ihre Mitglieder mit unangemessenen und überzogenen Forderungen. Nein, sagen wir es im Klartext: Damit bewahrt die Gemeinschaft den europäischen Bürger vor einer Finanzierung öffentlicher Haushalte durch das katastrophale Mittel der Inflation. Ein größerer Betrug ist nicht möglich. Er kann nur deshalb immer wieder stattfinden, weil dieser Zusammenhang so schwer zu verstehen ist.

Das Gefühl für Solidarität ist mit der drastischen Verbesserung der Lebensverhältnisse nicht

gewachsen. Ein deutsches Sprichwort sagt: "Je mehr er hat, desto mehr er will." Nur eine Minderheit fühlt sich aufgerufen, mit ihrer Opferbereitschaft und ihrem Leistungsvermögen nationale, europäische und internationale Solidarität einzusehen.

Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit, christliches oder humanistisches Denken enden nicht an den deutschen oder europäischen Grenzen. Diesen Tugenden entspricht nicht die Erfahrung, daß sich ein Zehntel der Menschheit neun Zehntel der Ressourcen reserviert und die anderen sich mit dem Rest begnügen müssen. 0,35 % des Bruttosozialproduktes wandern allenfalls zu den Habenichtsen dieser Welt und davon läuft gut die Hälfte wieder auf die Mühlen der deutschen Exportwirtschaft.

Die Wandlung zu Wohlstand hat schon millionenfach eingesetzt und verstärkt sich fortlaufend. Nur durch Entwicklung kann diesem Dilemma entgegengewirkt werden, lassen sich Zeichen der Hoffnung setzen, die eine Veränderung des Verhaltens bewirken könnten. Da aber die Volkswirtschaft in den entwickelten Ländern auch in der Zukunft mit neuen Verteilungs- und Umverteilungsprozessen befrachtet wird, kann sich kaum eine höhere Leistungsbereitschaft entwickeln, die erforderlich wäre, um der Welt ein Signal des Aufbruchs zu geben.

Das alles mag man als menschlich werten, auch die liebenswürdigen Worte, die die Politik für diese Sachverhalte zur Schonung des Wahlbürgers findet; aber eine umfassende Betrachtung und Analyse des Elends dieser Welt und seiner Linderung wird damit nicht eingeleitet - eine Aufgabe, der sich Europa gemeinsam zu widmen hätte.

Leider aber ist ja der Anspruch immer weniger das Paßstück zur Pflicht. Die freiwilligen Leistungen, die Opfer, werden geringer. Wird die Solidarität nur noch über öffentliche Abgaben eingefordert, so wird der Protest, so wird der Widerstand immer größer.

Nun wäre es sicherlich falsch, den Menschen die Zuversicht zu nehmen und durch eine distanzierte Haltung den Prozeß der Desintegration der Gesellschaft weiter zu fördern. Wie kann Integration in Europa erwartet oder gar vorangetrieben werden, wenn nicht allem wirtschaftlichen Kalkül auch ein Gefühl der Solidarität zugrundeliegt?

Die Menschheit muß sich daran gewöhnen, daß sie ihre Entscheidungen in Normalität und ohne den Zwang einer Katastrophe erreicht.

Der Krieg ist nicht mehr der Vater aller Dinge! Die Banalität des Alltags muß uns zu vergleichbaren, dem Frieden dienenden Leistungen befähigen. Und viele Wissenschaftler - nicht nur die Nobelpreisträger - zeigen uns, daß dies möglich ist.

Die Deutschen in Europa haben dazu eine historische Chance. Vielleicht wachsen in solchem Klima auch wieder einmal ein paar Genies, die ihr Herz in die Hand nehmen und springen.

Ich glaube also, daß kein Grund zur Trübsal besteht:

"Es gibt das Gute nicht oder man tut es."

Was läßt sich nun resümierend über die Stellung Deutschlands in Europa sagen?

1. Der innerdeutsche Integrationsprozeß muß sich weiterhin in den europäischen Einigungsprozeß einfügen. Dies bleibt die Voraussetzung für politische Stabilität in Deutschland und Europa. Die Interessen der Deutschen lassen sich - und dies gilt jetzt auch für die ihrer Nachbarn - nur gemeinsam sichern. Seit dem *Brief zur Deutschen Einheit* liegt dieses

Prinzip der deutschen Außen- und Innenpolitik zugrunde. Die Alternative wäre eine Politik der Rückversicherung in Ost und West, die das bekannte Szenario der Allianzen, der Konfrontation und der Einkreisung wiederbeleben würde. Solange die deutsche Politik sich im Rahmen der Europäischen Union bewegt, bleibt uns dieses Schicksal erspart. Die Regierungsverhandlungen zum Ausbau der Europäischen Union festigen den Prozeß deutscher Politik in einem festen europäischen Rahmen. Deutsche Interessen sollen daher weitgehend mit europäischen Interessen übereinstimmen.

2. Deutsche Politik muß daher auch mit allen Rechten und Pflichten europäische Politik übereinstimmen. Selbst wenn diese Politik nicht zustandekommt, muß das deutsche Leitmotiv sein, den höchsten Grad an europäischer Übereinstimmung zu erreichen. Die Mitwirkung der Europäer bei der Lösung der Jugoslawien-Tragödie ist daran gescheitert, daß nach historischen und eben nicht nach europäischen Konzepten verfahren wurde, daß alte Vorstellungen von "Ordnungsmacht" und "historischer Vormacht" das Denken bestimmten und nicht Prinzipien föderaler und kooperativer europäischer Zusammenarbeit. Es gibt für die Deutschen keine Begründung mehr, sich von europäischen Gemeinschaftsaufgaben zu dispensieren.
3. Dies gilt natürlich insbesondere für alle Maßnahmen, die zur Sicherung des Friedens und der Lebensverhältnisse der Europäer erforderlich sind.
4. Gewiß hat jedes europäische Land seine besonderen geographischen Zuordnungen. Die Entwicklung des europäischen Ostens wird die Deutschen vorrangig beschäftigen: Spanier, Italiener und Griechen werden sich zunächst mit ihren Interessen im Mittelmeer befassen. Doch auch diese Präferenzen müssen in den gesamteuropäischen Verbund eingegliedert werden. So dürfen die Deutschen heute schon für sich in Anspruch nehmen, daß sie zur Entwicklung ihrer östlichen Nachbarn insgesamt mehr gegeben haben als alle anderen insgesamt. Dieser Einsatz soll sich für das ganze Europa auszahlen.
5. Die Atlantische Allianz ist nicht nur ein Sicherheitssystem, sondern zunächst ein Bündnis demokratischer Rechtsstaaten. Die Verteidigung gilt den Werten und Normen, ohne die Demokratie, also Freiheit und Recht, nicht zu gewährleisten sind. Ohne diese Allianz der Demokraten haben Sicherheit und Ausbreitung freiheitlicher und rechtsstaatlicher Systeme wenig Chancen. Je mehr dieser Prozeß gelingt und andere zu einer demokratischen Entwicklung ermuntert werden, umso geringer wird die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen.
6. Die künftige Stabilität Europas ist von der gemeinsamen Lösung national verursachter Fehlentwicklungen abhängig.

Nicht Europa hat diese Situation herbeigeführt!

Nun kann mutige gemeinsame Politik Lösungen erleichtern!

So kritisch meine Betrachtungen auch waren, sie sind kein Grund zur Resignation. Zu viele haben vergessen, wie gewaltig die Katastrophe war, die dem Wiederaufbau Europas vorausgegangen ist. Ich wünsche nur den heute Regierenden den Mut der Akteure jener Nachkriegstage, die nicht nur Gefälligkeiten verteilten und Demoskopie betrieben!

Heute kann auf deren couragierte Taten aufgebaut werden. Nie hat es, trotz aller unserer Probleme, einen derartigen Lebensstandard gegeben! Die Vollendung der Europäischen Union kann unsere Phantasie, unser unternehmerisches Denken und Planen wieder beleben.

Wir müssen es nur wollen!